

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



**Erste:**  
an allen Werktagen  
Abonnement  
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35  
monatlich 45 Pf.  
Bei allen wirtsch. Postanstalten  
und Boten im Orts- u. Nachbar-  
ortverkehr vierteljährlich M. 1,35,  
ausserhalb desselben M. 1,35.  
Nichtbestellgeld 30 Pf.  
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfündigungsblatt  
der kgl. Forstämter Wildbad, Meisterr.,  
Enzflösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.  
Ausserhalbige 10 Pfg., die Klein-  
spaltige Garmenzelle.  
Kontakten 15 Pfg. die  
Zeile.  
Bei Wiederholungen entspr.  
Kontakten.  
Fremdenliste  
nach Uebereinkunft.  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwälder Wildbad.

Mittwoch, den 1. Februar 1911.

28. Jahrg.

Nr. 26.

### Die Volkspartei und die Landwirtschaft.

Es wird uns geschrieben:

Es ist keine angenehme Aufgabe, sich fortgesetzt gegen die gleichen Verdrehungen und Verdächtigungen wehren zu müssen, aber die Herren vom „Bunde der Landwirte“ arbeiten systematisch damit, daß sie der Volkspartei absichtliche Bauernfeindlichkeit vorwerfen und um dies beweisen zu können, verschweigen sie, wieder mit Absicht, alles, was uns bei der bauerlichen Bevölkerung Vertrauen bringen müßte, oder verdrehen die Dinge, um gegen die Volkspartei hegen und sie verleumden zu können. In dieser Linie liegt zum Beispiel was gegenwärtig über die Maul- und Klauenseuche gesagt wird. Wir haben genug von der Not kennen gelernt, die in den kleinen bauerlichen Wirtschaften eintritt, wenn solche Viehkrankheiten einereiten, um mit voller Anteilnahme für alles miteinzutreten, was davor schützen kann. Umso widerlicher ist es, sich immer das Gegenteil vorwerfen lassen zu müssen, ja mit unwahren und entstellten Beweiszusammenstellungen, die zudem auch zu einer völlig falschen Beurteilung der Sache seitens der bauerlichen Bevölkerung selbst führen muß. Das ist kein ehrlicher Freund der bauerlichen Arbeit und Bevölkerung der diesen die Wahrheit über so wichtiger Dinge verschweigt, um die anderen schlecht machen zu können.

Es wird jetzt fortgesetzt behauptet, daß die Maul- und Klauenseuche bei uns gar nicht entstehen könne, sondern lediglich vom Ausland eingeschleppt würde. Wenn es Herr Dr. Wolff nicht besser weiß, dann sei ihm dies zu gute gehalten, aber es gibt ihm nicht das Recht, in der unerschämten Weise gegen die Volkspartei zu agitieren, wie er es tut. Denn im preussischen Abgeordnetenhaus, wo erst am 23. Januar diese Frage auch zur Debatte stand, gab der konservative Abgeordnete Red., der den Antrag auf staatliche Bekämpfung der Seuchen begründete, selber zu, daß „der Krankheitserreger der Seuche nicht gefunden ist.“ Und nachher gab der Zentrumsabgeordnete Graf v. Spee seiner Freude Ausdruck über die Zustimmung auch der Freisinnigen zum Antrag Red. Ein freikonservativer Redner forderte außerdem — unter Zustimmung auch der Volkspartei — eine Erhöhung des staatlichen Fonds für wissenschaftliche Erforschung der Tierkrankheiten. Ja der Redner der Volkspartei in dieser Sache, der Abgeordnete Ehlers, ging noch weiter und wünschte eine regelmäßige

Untersuchung aller Viehbestände seitens tierärztlicher Sachverständiger. Aus diesen Debatten geht nun doch zweierlei mit zwingender Notwendigkeit hervor: 1. Daß es unwahr ist zu behaupten, die Seuche könne nur vom Ausland kommen, solange Sachverständige und ich nehme an, daß die preussischen Konferenzämter nicht gerade einen, der nichts von diesen Dingen versteht, beauftragt haben — erklären, man könne überhaupt den Erreger der Krankheit noch gar nicht und 2. daß es eine böswillige Verleumdung ist, immer wieder uns vorzuwerfen, die Volkspartei habe in Bezug auf Seuchenschutz irgend etwas veräußert oder absichtlich verhindert. Der Bund der Landwirte hat durch seinen Namen noch lange nicht das Talent, in seiner Führerschaft und seinen Agitatoren nun allein wirkliches Sachverständnis in landwirtschaftlichen Dingen zu besitzen. Und was aus den Bedürfnissen des Lebens heraus sich ergibt, dem tragen wir genau eben so obigen Beispiel, daß es diesen Herren gar nicht um die Sache zu tun ist, für die sie zu kämpfen vorgeben, sondern es ist ihnen um die Partei und die darauf aufgebaute eigene Egoisten zu tun, die sie wanken sehen. Das ist es, was sie zu solchen Mitteln greifen läßt und was dann den Kampf so vergiftet.

So geht auch eben jetzt wieder eine Notiz durch die bündlerisch-konservative Presse, nach welcher der Abgeordnete Raumann die Landwirtschaft als „sinkenden Stand“ bezeichnet haben soll, von dem sich die anderen nicht niederziehen lassen dürfen. Dabei hat Raumann in dem betreffenden „Hilfs“ Artikel von dem die Rede ist, in diesem Zusammenhang überhaupt nicht von der Landwirtschaft gesprochen. Aber auf eine Fälschung mehr kommt es nicht an, wenn nur der Zweck erreicht wird, den Gegner zu verächtigen. Wer so mit den Fragen des Volkswachstums vertraut ist, wie Raumann, dem braucht man den Wert der bauerlichen Arbeit und Bevölkerung für die Volkswirtschaft nicht zu sagen. Der muß schon allein aus diesem Gesichtspunkt heraus Sorge tragen, daß der Bauernstand nicht sinkt, sondern steigt. In dieser Sache selbst ist gar keine Meinungsverschiedenheit. Wir bestreiten nur, daß die konservativ-junkerliche Großgrundbesitzerpolitik den wirklichen Bauerninteressen dienlich sei. Und daß diese Schicht sinken muß, wenn ein wirklicher freier Bauernstand sich entwickeln soll, wird vom deutschen Bauernbund ja Tag für Tag überzeugend nachgewiesen.

Ganz ähnlich liegen die Dinge mit der Zollfrage. Man kann zwar hier ruhig zugeben, daß die Formulierung

des Programms, wo es nur ganz allgemein heißt, „schrittweise Herabsetzung aller Lebensmittel- wie der Industriezölle“ keine sehr glückliche ist. Und wie wir die Verhältnisse kennen, wird hier auch zweifellos noch eine andere positive Festlegung kommen und kommen müssen, die eine festere Unterlage auch für die bauerliche Arbeit bringen muß. Denn davon ist gar keine Rede, daß ein irgendwie nennenswerter Teil der Volkspartei diesen Satz vollständig bis zum Freihandel durchführen wollte. Und überdies ist es sehr zweierlei, ob man an Futtermittel und Rohstoffzölle denkt, oder ganz allgemein nur von Zöllen schlechthin redet. In dieser Frage sind in der Volkspartei zwar verschiedenartige Auffassungen, die zum Teil noch alten Wirtschaftstheorien entsprungen sind, aber die übergroße Mehrheit ist nicht aus Prinzip zu seiner Stellung in Zollfragen gekommen, sondern aus wirtschaftlicher Überlegung. Zu dieser Überlegung gaben aber die Verhältnisse des In- und Auslandes vor der Ein- und Durchsetzung der jetzigen Zölle ganz andere Gesichtspunkte an die Hand, als das heute der Fall ist. Es ist deshalb auch ganz selbstverständlich, wenn man bei dem gleichen Sachdenken heute zu anderen Schlüssen kommt, als früher. Man braucht dabei keineswegs von den Wirkungen der herrschenden Zollpolitik begeistert zu sein. Sie sind für das Ausland mit ihrer vielfachen Steigerung der Bodenpreise und der dadurch bedingten Grundrente keineswegs ein reines Glück gewesen. Und von allem anderen abgesehen, sind die Gütererschlechterung auf der einen und die hohen Pachtpreise für Pachtgüter auf der anderen Seite direkte Folgen derselben. Aber nachdem dies sich nun so gestaltet hat und im Zusammenhang damit einer noch größeren Verschärfung des landwirtschaftlichen Besitzes eingetreten ist, müssen auch diejenigen, die, wie wir, diese Dinge vorausgesehen, dem Rechnung tragen. Daß wir es tun, wissen die vom Bund der Landwirte ganz genau. Und auch die Schwierigkeiten im Ausland, die aus der sich immer mehr entwickelnden Industrialisierung der sogenannten Agrarländer sich ergeben und aus der Zollpolitik der anderen Staaten können nicht unberücksichtigt bleiben. Denn wir sind in der Volkspartei nicht die doktrinen Menschen, die um einer Theorie willen alle Forderungen der Wirklichkeit außer Acht lassen, wie das bei unseren Gegnern von rechts und links der Fall ist.

Wir haben es aber eben aus diesem Grunde nicht so leicht und bringen es nicht fertig, so mit Phrasen und Schlagworten zu arbeiten, wie die württembergischen Soldlinge des Herrenbundes von Ostelbien. Sie haben ihre Veier, auf die sie eingedrückt sind und was dazu nicht

Die tiefe Einsamkeit ist die Gemeinsamkeit — mit sich selbst.  
Erich Oesterfeld.

### Die Versuchung.

Roman von Robert Graf Wickenburg.  
Nachdruck verboten.

(Fortsetzung.)

Allmählich ertrug er sich dabei, wie er anfing, Borgers Gestalt mehr und mehr aus dem Auge zu verlieren und sich selbst an seine Stelle zu denken...

Unjinn! Wie war denn sein ganzer Gedankengang entstanden? Er hatte doch damit angefangen, was wohl Borgers tun würde, wenn er Reutlinger wäre...! Und nun drehte er plötzlich den Spiegel um! Reutlinger brauchte sich doch nicht erst in Borgers Lage zu versetzen — der war ja doch sowieso in Reutlingers Lage...!

Er konnte sich lange nicht zurückfinden in dieser Gedankemotivierung!

Ja, ja — die vielen schlaflosen Nächte, die trostlose Verzweiflung, die wahnsinnigen Anregungen, das ewige Wabbeln und Gehirnzermartern — kein Wunder, wenn man dabei verrückt wird! Darum brauchte er sich auch seiner Gedanken nicht zu schämen — das war ja alles Unsinn! Tolles, überspanntes Zeug — ganz harmlos! Warum sollte er sich nicht einmal damit unterhalten, im Geist so ein bißchen Verbrecher zu spielen? Wer weiß, was andere Leute oft so unvorsätzlich denken! Leute, an denen gewiß kein Mafel hafter — nur sagen sie nichts! Wie viele Menschen mögen wohl die moralische Kraft haben, im Augenblick der Versuchung jeden verbotenen Gedanken fernzuhalten?

Und die Versuchung war einmal da...!

Beim Mittagessen plagte Franz Bräuner sich vergeblich, ein Gespräch in Gang zu bringen. Nach Tisch trank Reutlinger sehr viel schwarzen Kaffee und zündete eine Zigarette an der andern an. Wöhlisch fuhr er auf:

„Du, Franz — sag' einmal ehrlich: warst du je

in der Lage... sagen wir: daß eine verbotene Handlung dich aus großer Not gerettet hätte...?“

Franz sah ihn erstaunt an und schüttelte verständnislos den Kopf:

„Wie kommst du denn auf die verrückte Idee...?“ Reutlinger wurde verlegen. Die Frage war ihm fast wider Willen herausgefahren, und jetzt wagte er nicht, sie zu begründen. Da log er:

„Ich hab' da so eine Wahn' in der Zeitung gelesen — die ist mir grad eing'fallen! Ein kleiner Bankbeamter, der eine große Summe defraudiert hat — an sich ein ganz alltäglicher Fall...! Aber die Verteidigung von dem Menschen war so merkwürdig pöden...! Fast, daß man versucht, ihn grad wegen seiner Tat zu achten...!“

Der arme Teufel war Vater von ich weiß nicht wie vielen Kindern — eine fröhliche Frau, die er sehr gern geliebt hat — furchtbares Elend überall! Der Arzt hat ihm gesagt: die Frau geht drauf, wenn sie nicht den Winter im Süden zubringt — dabei die hungernden Kinder und kein Geld! Da kommt ein großer Geldbetrag in seine Hand...! Ich weiß nicht mehr genau, wie's war — ein Depotinhaber hat sich geirrt und ihm eine Bestätigung in Kronen abverlangt, während er ihm eben sowieso Gulden übergeben hat, oder irgendwas — kurz der Mann hat nur zu schweigen gebraucht, und die Hälfte des Betrags war sein. Eine Entdeckung war nahezu ausgeschlossen — die Frau gerettet, die Familie versorgt! Der Geschädigte war außerdem ein steinreicher Blutsauger schlimmster Sorte!

Und da ist mir halt die Frage durch den Kopf geschossen, wie viele sogenannt ehrliche Menschen es in dem Fall wohl grad so gemacht hätten...?“

Franz ging anglos auf das Thema ein — froh, einen Stoff zu haben, der Reutlinger zu fesseln schien, und ihn ein wenig aufzuheitern.

„Kannst recht haben!“ sagte er nachdenklich. „An so einer Situation kann auch den Anständlichsten der Teufel holen! Ich muß ganz offen sagen: mir so einem armen

Kerl, den die bittere Not und die Versuchung zu einem Verbrechen treiben, hab' ich immer nur Mitleid, wenn er erwischt wird! Natürlich vorausgesetzt, daß er nur einen schädigt, dem's nicht weh tut!“

Ich glaub' sogar, daß die Not gar nicht so groß zu sein braucht, um so manchen sogenannten Ehrenmann ins Wackeln zu bringen, wenn die Versuchung da ist, und er ganz sicher weiß, daß er nicht erwischt wird! In wie vielen Fällen mag nur die Angst vor dem Erwischtwerden ein Verbrechen verhüten? Ich kenn' Best' genug, die einen tadellosen Ruf haben und dabei die niederträchtigsten Schurke sind — von denen ich schwören möchte, daß sie nur deswegen kein Verbrechen begehen, weil sie die Folgen fürchten — einfach aus ganz gemeiner Feigheit! Und im Zuchthaus sitzt vielleicht so mancher grundankündige Kerl, den nur die bittere Not in einem schwachen Augenblick untergekört hat!

Daß einer noch nie einen Konflikt mit dem Staatsanwalt gehabt hat, macht ihn in meinen Augen noch lange nicht zum Ehrenmann, und ein Verstoß gegen das Strafgesetz ist mir absolut kein Verweis vom Gegenteil, solange ich die Umstände nicht genau kenne, die ihn dazu getrieben haben!“

Reutlinger war aufgesprungen und ging mit hastigen Schritten im Zimmer auf und ab — immer in eine Wofte von Zigarettenrauch gehüllt. Seine Rasenflügel und Augen suchten beständig als je, und seine Hand fuhr ab und zu energisch durch die krausen Haare.

„Du traust dich da etwas offen auszusprechen, was ich mir im Stillen schon oft gedacht hab'! Und darin liegt der wahre Punkt unseres Strafgesetzes — das verurteilt immer nur die Handlung; die Umstände, die drangeführt haben, werden wenig oder gar nicht berücksichtigt! Und die ganze Welt macht diese himmelschreiende Unrechtigkeit mit! In einer verurteilt, so ist er auch gesellschaftlich fertig, und wenn er nach rein menschlichem Gefühl zehnmal unschuldig ist!“

(Fortsetzung folgt.)

paßt, ist für sie nicht vorhanden. So wird ihre Art der Agitation ein fortgesetzter Volksbetrug, der diejenigen systematisch zu falschen Vorurteilen drängt, die neben ihrer anstrengenden Arbeit hinter dem Pfluge und im Weinberg, nicht mehr genügend Zeit und Gelegenheit haben, sich über die schwierigen und verwickelten volkswirtschaftlichen Fragen zu unterrichten. Und sie müssen diese Lügenarbeit jetzt um so geräuschvoller und aufdringlicher tun, als sie in Gefahr sind durch die Nachwirkung der Finanzreform und anderer Sünden ihr Vertrauen einzubüßen. Sei's drum. Die Volkspartei wird die bäuerliche Bevölkerung und ihre Arbeit nicht entgelten lassen, was die heutigen „Führer“ in ihrer gewissenlosen Vergewaltigung wirklicher Bauerninteressen, an Verdächtigungen und Verleumdung auf uns gehäuft haben. Sie wird nach wie vor fortjahren den Bedürfnissen der Wirtschaft des ganzen Volkes ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden einschließlich der Landwirtschaft. Darüber hinaus hat das Volk seinen freien Willen, zu entscheiden nach eigenem Gutdünken. Daß unsere Partei sich auch an die Bauern wendet ist selbstverständlich. Aber dazu ist ihr der eigene Name zu gut und ihre Achtung vor den Wählern zu groß, daß sie mit Fälschungen und absichtlicher Täuschung arbeiten könnte. Wir können warten bis die Früchte der Miswirtschaft des schwarzblauen Blocks noch deutlicher wirken und bis auch in der Partei des Bundes selber sich noch mehr zeigt, daß Haß, Verdrehung und brutale Gewalt nicht ausreichen, um dauernd die Bauern und das ganze Volk zu schädigen. (Denn auch das kann nur blinder Haß behaupten, daß es für die bäuerliche Bevölkerung gleichgültig sei ob ein Sozialdemokrat oder ein Volksparteiler gewählt werde.) Und für diesen Tag zu arbeiten, werden wir uns nicht verdrießen lassen, denn uns ist diese Arbeit nicht ein Handelsgeschäft nach berühmten Mustern, sondern eine ernste Pflicht gegenüber dem ganzen Volk.

## Deutsches Reich. Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Jan.

Am Bundesratstisch Staatssekretär Dr. Visco und Kriegsminister v. Heeringen. Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Gesetzentwurf betreffend die beim obersten Landesgericht einzulegende Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Staatssekretär Dr. Visco: Der Gesetzentwurf entspricht einem Antrag, den Bayern beim Bundesrat gestellt hat. Er soll den bisherigen Mißstand beseitigen, daß das bayerische Recht irrefühler ist. Für das bayerische Recht ist das Reichsgericht nicht zuständig. Durch die Schaffung einer schärferen Abgrenzung der Zuständigkeit des obersten Landesgerichts und des Reichsgerichts soll diesem Uebel abgeholfen werden. Nach kurzer Debatte, in deren Verlauf der bayerische Justizminister Ritter von Wittner um Annahme der Vorlage bittet, schließt die erste Lesung. Da Kommissionsberatung nicht beantragt ist, folgt sofort die zweite Lesung. In dieser wird der Gesetzentwurf ohne Debatte angenommen.

Es folgen Petitionen und zwar zunächst die Petition der badischen Landwirte betreffend die Feststellung von Flurschäden bei Truppenübungen. Diese überweist das Haus bezüglich der allgemeinen Gesichtspunkte dem Reichskanzler zur Erwägung. Bezüglich der Spezialforderung auf Entschädigung wird zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgt die Petition des Birkh. Geh. Kriegsrats Uhlenbrod in Friedenau betreffend die Dienstverhältnisse der Militärintendanten usw. Der Petent wünscht die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Verhältnisse in der Militärverwaltung. Diese Kommission soll geschwätzige Einwirkungen unverantwortlicher Offiziere unmöglich machen. Der Reichstag möge darauf hinwirken, daß aus dem § 25 des Reichsbeamtengesetzes die Militärintendanten ausgeschaltet werden, und daß dem Petenten, der in gesetzlicher Weise seines Amtes entsetzt worden sei, Gerechtigkeit zuteil werde. Die Petitionskommission beantragt, die Petition, soweit sie die Einsetzung der gewünschten Kommission und die Streichung der Militärintendanten im § 25 des Reichsbeamtengesetzes betrifft, dem Reichstag zur Erwägung zu überweisen, im übrigen zur Tagesordnung überzugehen.

Kriegsminister v. Heeringen: Es stehe nach den Akten fest, daß Geh. Rat Uhlenbrod seit 1894 jedes Jahr darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß seine Vorträge an Klarheit, Selbstständigkeit des Urteils und Initiative, auch wohl an Fleiß verloren hätten und er nicht geeignet sei, die Intendantur des Armeekorps im Kriegsjahr zu leiten. Dies wurde ihm 1899 durch ein sehr deutliches Schreiben des Kriegsministeriums eröffnet und er nach weiteren Verhandlungen im folgenden Jahre zur Disposition gestellt. Erst 1/2 Jahre später kam er mit der Behauptung, daß ihm damals seitens des Kommandeurs des 2. Korps unrecht geschehen sei. Das ist keinesfalls richtig. Es ist gegen ihn ganz korrekt nach den Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes verfahren worden. Um den Gang der Verwaltung zu vereinfachen, haben wir eine Kommission eingesetzt. Die jetzige Organisation der Militärintendantur ist im großen und ganzen zweckmäßig. Die Aufgaben der Intendantur sind so große und schwere, daß sie nicht von der militärischen Verwaltung getrennt werden können. Abg. Sommer (Fortschr. Bp.) begründet einen Antrag seiner Partei, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Uhlenbrod sei zweifellos unrecht geschehen. Kriegsminister von Heeringen: Dem Petenten sind schon vor seiner Jurisdiktionstellung die nötigen Eröffnungen gemacht worden. Wir haben großen Mangel an geeigneten Kräften, hoffen dem aber bald abzuhelfen. Kuhnert (Soz.): Wir sind für den Antrag der Freisinnigen. Neuerdings sind wieder zwei Intendanturträte verabschiedet worden, allerdings unter Verdensverleihungen. Generalmajor Frhr. v. Salza: Die Verabschiedeten waren tüchtige Beamte. Sie mußten leider wegen Krankheit verabschiedet werden.

Erzberger (Str.): Daß das Intendanturwesen reformbedürftig ist, hat der Kriegsminister selbst zugegeben. Warten wird die Denkschrift darüber für den nächsten Etat ab. Nach weiteren Ausführungen der Abg. Thiers (Kons.), Weber (natl.) und Werner (Resp.) zieht Sommer (f. Bp.) den Antrag seiner Partei zurück. Kriegsminister v. Heeringen erklärt, wann die Denkschrift fertig sein werde, könne noch nicht gesagt werden. Nach weiterer Debatte wird der Kommissionsantrag angenommen.

26 Petitionen betr. Maßnahmen zur Beendigung der Fleischsteuerung werden dem Reichskanzler als Material überwiehen.

Es folgt eine Petition betreffend die Verunreinigung des Wassers durch Fabrikabwässer usw. Die Kommission schlägt Ueberweisung als Material vor. Nach längerer Debatte beschließt das Haus sie im Sinne der Kommission.

Es folgt die Beratung der Petition betr. Aenderung des Impfygesetzes. Die Kommission beantragt Uebertragung zur Tagesordnung. Es liegt eine Reihe von Anträgen vor, darunter ein Antrag Fassbender-Pfeiffer (Str.), die Petition als Material zu überweisen, und um einen Gesetzentwurf betr. Aenderung des Impfygesetzes zu ersuchen, dem eine gewissenhafte Beizugabe wäre, wonach Befreiung vom Impfywang eintritt, wenn die betreffenden Eltern erklären, daß ihr Gewissen gegen die Impfung ihrer Kinder spricht. Pfeiffer (Str.) begründet den Antrag. Kommissar des Bundesrats, Geh. Rat Dr. Richter: Es ist niemals von einem Regierungskommissar gesagt worden, daß Eltern, die ihre Kinder nicht impfen lassen, in Ketten gelegt werden sollten. Arning (natl.): An Stelle der einzelnen Landesimpfgesetze sollte man ein einheitliches Reichsgesetz zur Aufrechterhaltung der Zwangsimpfung erlassen. Ich bin für die Kommissionsbeschlässe. Darauf wird Beratung beschlossen. Nächste Sitzung, Dienstag 1 Uhr: dritte Lesung der Reichswertzuwachssteuer. Schluß 7 1/2 Uhr.

## Eine Entgleisung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Mit Kaisers-Geburtstags-Reden ist es eine heisse Sache. Was sich über den Kaiser sagt, ist schon so oft gesagt worden, daß die Gefahr trivial zu werden, nur zu groß ist. Will man aber dieser Stille entgehen, so fällt man wieder gar zu leicht in die Charaktdis einer reberischen Entgleisung. Am einfachsten ist die Sache noch beim Militär. So mancher brave Hauptmann, dem die Krone nicht die Gabe des Festredners verliehen, hat sich bei der Kompagniefest damit aus der Affäre gezogen, daß er die Festrede in die Worte zusammenfaßte: „Seine Majestät der Kaiser, hurrah! hurrah! hurrah!“ Auch bei den Universitätsfesten weiß man sich zu helfen. Ist der Festredner zufällig ein Mediziner, so spricht er über einen neu entdeckten Bazillus oder über ein neues Serum. Ein Altphilologe ergeht sich über den Spiritus asper, ein Mathematiker entwickelt einen neuen Beweis für den Pythagoräischen Lehrsatz etc. Zwar hat das alles im Grunde genommen mit Kaisers-Geburtstag herzlich wenig zu tun. Dafür sind aber Verdächtigungen gegen den guten Geschmack oder Entgleisungen ausgeschlossen. Auch der Lehrer, der bei der Schulfeier die Festrede zu halten hat, wird sich noch verhältnismäßig leicht damit abfinden. Der reiche Anecdotenhaas des Hohenzollernhauses bildet hier einen schier unerlöschlichen Born.

Wer aber weder Hauptmann, noch Universitätsprofessor, noch Schullehrer ist und doch eine Kaisers-Geburtstags-Rede halten muß, für den sieht es äbel aus. In Bad Kösen hat der Bürgermeister im vorigen Jahre seine Sache besonders gut zu machen geglaubt, wenn er bei dieser Gelegenheit eine Propagandarede für die Heilsarmee hielt. Leider hat er bei seinem Auditorium damit so wenig Anklang gefunden, daß in diesem Jahre das gesamte Stadtverordnetenkollegium der Feier fern blieb, und der Stadtverordnetenvorsteher, ein Generalleutnant z. D., sein Amt niederlegte. Die Heilsarmee scheint sich demnach als Born für Kaisers-Geburtstags-Reden nicht zu eignen. Der Berliner Polizeigewaltige Herr v. Jagow, hat deshalb in diesem Jahre versucht, auf andere Weise originell zu wirken und ein wenig Abwechslung in das ewige Gleichmaß der Festreden hineinzubringen. Bei der Kaiserfeier der höheren Polizeibeamten im Roobiter Ausstellungspalast hat er anstatt des Kaisertooles ein Plaidoyer für die Berliner Schutzmannschaft gehalten. Was in dem benachbarten Kriminalgericht von zwei Richtern festgestellt worden ist, wird von dem obersten Hüter der Ordnung in Berlin in das Reich der Fabel verwiesen. „Grund eingehendster Untersuchung jeden Einzelfalles“ soll der Ehrenschild der Berliner Schutzmannschaft rein sein. Es wäre gewiß sehr erfreulich, wenn es so wäre. Inzwischen ist der Berliner Polizeipräsident wohl nicht die geeignete Instanz, um dies festzustellen. Die durch die Strafkammer und das Schwurgericht erfolgten Feststellungen, daß schwere Mißgriffe der Polizei vorgekommen sind, können nur durch ein anderes Gerichtsurteil aus der Welt geschaffen werden, nicht aber durch einseitige Behauptungen der Polizei, die trotz Herrn v. Jagow in diesem Falle Richter eigener Sache wäre. Aus Phantasie, Suggestion, System sollen nach Herrn v. Jagow die Angriffe auf die Polizei entspringen sein. Der Tod des bei den Tumulten erstochenen Herrmann ist aber ganz gewiß kein Phantasieprodukt. Wenn Herr v. Jagow auch diesen Fall eingehend untersucht hat, so wird er der Öffentlichkeit gewiß Aufklärung darüber geben können, wer die Schuld an dem Tode des Herrmann trägt, und wenn es ein Schutzmann war, so steht die Entscheidung darüber, ob er sich in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befand, nicht dem Berliner Polizeipräsidenten, sondern dem Gericht zu.

## Die Ermordung Böders

hat sich nach dem in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Bericht wie folgt zugetragen: Bei dem Bau eines Küstenweges auf der zur Landschaft Bökoy (Dehshatsch) gehörenden Insel hatten die Eingeborenen teils gegen Bezahlung zu arbeiten, teils waren sie dazu verpflichtet. Jeder erwachsene Mann mußte un-

entgeltlich 30 Tage arbeiten. Der Bau mochte gute Fortschritte und die Behandlung der Leute war nach dem Zeugnis des in der Nähe wohnenden Vaters Gebhard durchaus nicht hart. In letzter Zeit hatte man noch einen Eingeborenen namens Jomatau, der großen Einfluß auf seine Landsleute besaß, als bezahlten Unteraufseher angestellt, um ihn für die Regierung zu gewinnen. Mitte Oktober kam es zu Zwistigkeiten zwischen dem Aufseher Hollborn und den Eingeborenen, in deren Folge Regierungsrat Böder einen bei der Arbeit Ungehorsamen zu 10 Stockhieben verurteilte. Am nächsten Morgen trat der Aufstand ein. Hollborn und ein anderer mußten in die Mission flüchten. Ein Zettel mit der Bitte um sofortigen militärischen Schutz kam nicht zur Abendung. Am nachmittags die Kunde von dem Aufstand in die Anlieferung der Weihen auf Bonape drang, fuhr Regierungsrat Böder mit einem Sekretär sowie zwei Dienern und 5 Mann Bootbesatzung an die Landungsstelle von Bökoy, ohne jedoch Polizeisoldaten mitzunehmen. Trag aller Vorstellungen setzte Böder, gefolgt von dem Sekretär und den beiden Dienern, seinen Weg fort. Kaum 200 Meter entfernt, erhielt er auf dem Jämpelplatz zwei Bauchschüsse. Er stürzte nieder und wurde von dem genannten eingeborenen Unteraufseher Jomatau durch einen Schuß in den Kopf getötet. Die Leiche wurde durch Messerstücke entleert und der linke Unterarm abgehakt. Der Sekretär floh; er wurde angeschossen und im Wasser durch Messerstücke umgebracht. Die beiden Diener entkamen. Zwei Vater aus der Mission konnten sich in die Kirche retten. Während dessen wurde der Aufseher Hollborn erschossen und der andere Aufseher Häpner erschossen, die Bootbesatzung teils erschlagen teils erschossen. Keines entkam. Alle 5 haben den Tod gefunden. Fast alle Männer der Insel Bökoy sind als mitbeteiligt an der Tat anzusehen.

## Der Reichstagsabgeordnete Singer

ist seit einigen Tagen an einer Lungenentzündung erkrankt. Seit gestern hat sich nun sein Zustand außerordentlich verschlechtert, sodaß man auf das Schlimmste gefaßt ist.

Berlin, 28. Jan. In einem Erlaß des Ministers

v. Breitenbach heißt es nach der „Zeitung des Vereins der Eisenbahnbeamten und Arbeiter“: „Für die Lebenshaltung der Arbeiter ist es von großem Nutzen, wenn sie ein Stück Land zur Bewirtschaftung pachten können. Es ist daher den Wünschen der Arbeiter auf Verpachtung von eisenbahnfiskalischem Gelände nach Möglichkeit zu entsprechen. Soweit solches Gelände nicht zur Verfügung steht, lege ich es den königlichen Eisenbahndirektionen nahe, den Arbeitern eine andere Landpachtung zu vermitteln und zu erleichtern, wo sich günstige Gelegenheiten bieten. Vor allem wird es sich um solche Arbeiter handeln, die nach dem Stande ihrer Familien einerseits der Landbenutzung bedürftig sind, andererseits die Bearbeitung des Landes durch Familienmitglieder besorgen können, ohne selbst dem Interesse des Dienstes entgegen zu werden. Wo entbehrliche Stücke benachbarter Staatsdomänen für Pachtland in Frage kommen, will der Minister eventuell selbst wegen Vergabe derselben an Arbeiter mit dem Landwirtschaftsminister in Verbindung treten.“

München, 29. Jan. Der Münchener liberale Arbeiterverein beschloß einstimmig, sich als Fortschrittlicher Arbeiterverein der hiesigen Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei anzuschließen.

Köln, 30. Jan. Die Protestversammlung gegen die Einleitung eines Verfahrens wegen Irreligion gegen Pfarrer Jatho gestaltete sich zu einer großen Kundgebung des kirchlichen Liberalismus. Es wurde in einer Resolution gegen die vom Oberkirchenrat verhängte Untersuchung Stellung genommen. Aus vielen deutschen Städten waren Sympathietelegramme eingegangen.

Hamborn, 31. Jan. Wie die Gewerkschaft Deutscher Kaiser mitteilt, sind als Opfer der Schlagwetterexplosion am Samstag bisher elf Tote zu verzeichnen. Acht Verletzte sind im Krankenhaus. Einer von ihnen liegt im Sterben.

Gotha, 30. Jan. In Gegenwart des Reichstagsabgeordneten Müller-Meinungen stimmte die Generalversammlung des Fortschrittlichen Reichsvereins des Herzogtums der nationalliberalen Kandidatur Krüger zu. Das fortschrittlich-nationalliberale Abkommen der Thüringer Wahlkreise ist damit perfekt geworden.

## Ausland.

### Eine Verleumdungsfrage des Königs von England.

Man erinnert sich, daß kurz nach der Thronbesteigung des Königs Georg Gerüchte in die Öffentlichkeit kamen, wonach der König als Prinz von Wales morganatisch vermählt gewesen sei, diese Ehe aber gelöst habe. Die Angelegenheit wird nun ein gerichtliches Nachspiel haben, das einigermaßen merkwürdig ist. Mehrere Londoner Sonntagblätter bringen nämlich die Meldung, daß der Attorney-General und der Solicitor-General namens des Königs ein Prozeßverfahren gegen Edward J. Ryan eingeleitet haben. Der Fall wird vor dem Lord-Oberrichter in einem Sondergericht am Mittwoch zur Verhandlung kommen. Die Angelegenheit steht im Zusammenhang mit der Meldung, die aus Paris von dem Blatt „The Liberator“ veröffentlicht wurde und bezieht sich, wie es heißt, auf die seit Jahren umlaufenden Gerüchte, daß der König als Prinz von Wales in Malta mit der Tochter eines Admirals eine morganatische Ehe eingegangen sei. Auf die Gerüchte, denen nach der Thronbesteigung des Königs in bestimmter Weise entgegengetreten worden war, wurde Ryan am 26. Dezember 1910 verhaftet und ins Gefängnis gebracht, da er die auf 20 000 Pfund gesetzte Kaution nicht aufbringen konnte.

### Das portugiesische Wahlgesetz.

Lissabon, 29. Jan. (W. B.) Der Ministerrat hat die ersten sechs Artikel des Wahlgesetzes

